

Beschluss

des 56. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 06. April 2003 in Bielefeld

Forschungsstandort NRW – den rot-grünen Stillstand beenden

Bildung, Innovation und Forschung sind zentrale Standortfaktoren, die der Jugend Perspektiven geben und der Wirtschaft Chancen eröffnen. Nordrhein-Westfalen mit seiner rot-grünen Landesregierung bleibt in wichtigen Bereichen der Bildung, Forschung und Innovation hinter seinen Möglichkeiten.

Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass NRW bei den Leistungen im Lesen, Rechnen und bei der Integration Lernschwacher Schüler einen mageren Mittelplatz einnimmt. Vor dem Hintergrund eines insgesamt schwachen Abschneidens Deutschland im internationalen Vergleich kann das NRW-Ergebnis nur als „ungenügend“ bezeichnet werden.

Nordrhein-Westfalen ist für Unternehmensgründer derzeit nicht besonders attraktiv. Unter den westdeutschen Bundesländern erreicht unser Land nur einen Platz im hinteren Drittel, weit hinter den führenden Hamburg und Bayern.

Die Ausgaben des Landes für Lehre und Forschung an Hochschulen bleiben seit Jahren deutlich hinter den erfolgreichen Ländern Baden-Württemberg und Bayern zurück. 1998 gab es einen Tiefpunkt, als pro Student in Baden-Württemberg doppelt so viel Geld für Lehre und Forschung ausgegeben wurde wie in NRW.

Schon im Landtagswahlkampf 2000 haben wir ein 1,5-Milliarden-Euro-Sonderprogramm für Bildung und Forschung in NRW vorgeschlagen. 500 Mio. Euro für die Verbesserung der Ausstattung an Schulen und Hochschulen, 500 Mio. Euro für mehr qualifiziertes Personal an Schulen und eine Milliarde für mehr qualifiziertes Personal an Hochschulen. Dies sollte durch Abbau von Landesbeteiligungen, Streichung von Subventionen z.B. für die Steinkohle und eine konsequente Entbürokratisierung finanziert werden. Diese liberalen Forderungen haben nichts von ihrer Aktualität verloren und bleiben auf der Tagesordnung.

Forschung fördern

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag das Ziel festgeschrieben, bis 2010 3 % des BIP für Innovationen einzusetzen. Zu zwei Dritteln sollen die Ausgaben privat finanziert werden, ein Drittel soll aus öffentlichen Mitteln kommen. Um das zu erreichen, müssten bei einem Wachstum von 2,5 % jährlich die öffentlichen FuE-Ausgaben von heute 17 auf 25 Mrd. € steigen. Die anhaltende Wachstumsschwäche und die Kürzungen auch in der Forschung zeigen, dass der fromme Wunsch keinen realen Hintergrund hat.

Statt der Steigerungen gibt es Nullrunden bei den großen Forschungsorganisationen, was für die Industrie und Hochschulen in NRW eine erhebliche Einschränkung darstellt. Viele Forschungsvorhaben, z.B. der DFG, werden an Hochschulen durchgeführt.

- Die FDP fordert die Einhaltung der Zusagen an die Forschungsorganisationen vom Juni 2002 im Rahmen der BLK und eine Rücknahme der Zwangs-Nullrunde.

Leistungsorientierte Wissenschaft.

Forschungseinrichtungen müssen sich zu modernen Wissensunternehmen entwickeln, die ihre Forschungsergebnisse und Dienstleistungen für einen globalen Markt anbieten. Sie konkurrieren auf dem internationalen Forschungsmarkt um Anerkennung, Drittmittel und qualifiziertes Personal.

Die FDP hält eine Umstellung der Finanzierung der Forschungseinrichtungen auf Programmbudgets für die richtige Antwort auf die globalen Herausforderungen. Die HGF und die Leibniz-Gemeinschaft beschreiten diesen Weg bereits. Nordrhein-Westfalen sollte sich in seiner Rolle als Kofinanzier von Forschungseinrichtungen dafür einsetzen, dass Programmbudgets zum Standard der Forschungsförderung werden.

Programmbudgets mit einer kaufmännischen Kosten- und Leistungsrechnung, Globalhaushalten statt kameralistischer Detailsteuerung, mit Zielvereinbarungen mit den Mittelgebern, mit internen und externen Controlling und Bewertungsverfahren bieten die Chance für eine leistungsorientierte Wissenschaft. Damit wird Verantwortung dezentral organisiert und überkommene Hierarchie- und Organisationsstrukturen in Frage gestellt.

Die FDP will NRW zum modernsten Wissenschaftsland Deutschlands machen. Dort, wo Bund und Land gemeinsam die finanzielle Verantwortung für Forschungsinstitute haben, muss die Landesregierung darauf drängen, Programmbudgets und moderne Managementinstrumente einzuführen.

Beschluss

des 56. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 06. April 2003 in Bielefeld

Querschnittsbegutachtungen

Querschnittsbegutachtungen der Forschung werden künftig von größerem wissenschaftspolitischem Interesse sein. Als fächerübergreifende Potentialanalysen auch neuerer, noch in Entwicklung befindlicher Forschungsfelder, können sie helfen, Forschungsförderung zu fokussieren und wichtige Entwicklungsimpulse zu geben. Vor der Entscheidung über Querschnittsbegutachtungen sind Fachwissenschaftler der großen Wissenschaftsorganisationen anzuhören.

Peer review-Verfahren sollten methodisch die Grundlage für institutionelle Begutachtungsprozesse sein, aber weiterentwickelt werden. Zudem sollte zwischen der fachwissenschaftlich fundierten Statusanalyse eines Forschungsgebietes und den wissenschaftspolitischen Förderempfehlungen unterschieden werden.

Wissenschaftstarifvertragsrecht

Das starre Beamten- und Angestelltentarifvertragsrecht mit den geringen Spielräumen für leistungsgemäße Bezahlung, freie Aushandlung von Gehältern und Wechselmöglichkeiten von Forschern an Hochschulen und Instituten ist eine Belastung für den Forschungsstandort NRW.

Deutsche Wissenschaftler im Ausland –z.B. in den USA - äußern sich lobend über die Freiheit, die sie bezüglich der Gehaltsverhandlungen mit dem „Arbeitgeber Hochschule“ oder „Arbeitgeber Forschungsinstitut“ haben. Für Wohnungssuche, Arbeitsmöglichkeiten für Ehepartner, Kindernachzug etc. gibt es in Deutschland noch immer eine zu geringe Service-Orientierung. Wir müssen erkennen, dass Spitzenforscher nur dann nach Deutschland kommen oder hier bleiben, wenn wir auf ihre Bedürfnisse serviceorientiert eingehen.

Die FDP setzt sich für ein modernes Wissenschaftstarifvertragsrecht ein, mit dem der Forscher mit seinem Arbeitgeber frei über Gehalt und Nebenleistungen verhandelt. Hochschulen und Forschungsinstitute brauchen dazu globale Budgets für Personal. Kultus- und Wissenschaftsministerium haben bei der Entscheidung über Professuren nichts verloren. Dies ist Sache der Hochschulen bzw. der Forschungseinrichtungen.

Der Beamtenstatus an Hochschulen soll auslaufen. Eine Landesregierung, an der die FDP beteiligt ist, wird unverzüglich ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Neue Forschungsbereiche fördern

Die Entscheidung des Bundesforschungsministerin gegen die Bewerbung Deutschlands um den Bau einer europäischen Spallationsquelle (ESS) hält die FDP für einen strategischen Fehler. Die ESS könnte am Standort Jülich 1000 Arbeitsplätze schaffen. Da erst 2005 mit dem Bau begonnen werden soll, gibt es keinen Grund, den jülicher Forschern schon jetzt die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Die FDP ist sich bewusst, dass die Finanzierung gegenwärtig nicht gewährleistet ist, aber sieht keinen Grund für einen endgültigen Ausstieg.

- Die FDP begrüßt, dass das Land NRW an seiner Förderzusage von 150 Mio. € für die ESS festhält. Wir wollen, dass die Bundesregierung an ihrem selbst vereinbarten Zeitplan festhält und eine zweite Begutachtung durch den Wissenschaftsrat erfolgt. Vor dieser Begutachtung sollte der Bund keine abschließende Bewertung abgeben.

Förderung der Energiespeichertechnik

In Zukunft werden nachhaltige Energiequellen an Bedeutung gewinnen. Ein Ersatz der Grundlastversorgung durch diese Energieformen ist jedoch zur Zeit nicht gegeben, weil das Energieangebot nicht ständig auf kalkulierbarem Niveau anfällt und die diskontinuierliche Zuspiesung von Strom aus nachhaltigen Energiequellen in das Netz an einigen Standorten schon heute zu erheblichen technischen Problemen führt.

Eine preiswerte, ökologisch sinnvolle und nachhaltig zur Verfügung stehende Grundlast ist auch durch eine Kombination solcher Energiequellen nicht zu gewährleisten. Voraussetzung dafür, dass sich nachhaltige Energieerzeugungstechniken von einem Nischenprodukt zu einer Standardtechnik entwickeln können, ist die Möglichkeit, die Energie unabhängig von ihrem zeitlichen Anfall kontinuierlich in das Netz einzuspeisen.

Beschluss

des 56. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 06. April 2003 in Bielefeld

- Die FDP schlägt deshalb vor, 30% der für die Erforschung und Entwicklung alternativer Energien verfügbaren Mittel in die Erforschung von neuen Techniken zur Speicherung von großen Energiemengen umzulenken.

Brennstoffzellen

Die massive Subventionierung der Solar- und Windenergie am falschen Ort – nämlich in unseren Breiten, bei unserem Klima – ist eine Verschwendung ökonomischer Ressourcen. Im Gegensatz zu Windenergieanlagen wird der Einsatz von Brennstoffzellen mittelfristig einen nicht unbedeutenden Beitrag zur nachhaltigen und mengenmäßig ausschlaggebenden Reduzierung des CO₂-Ausstoßes leisten. Brennstoffzellen könnten Laptops, Autos, Wohnhäuser und Industrie dezentral mit Strom und Wärme versorgen.

Für die FDP ist dies ein nachhaltiger, ökonomischer und technisch sachgerechter Ansatz. Die FDP wird dafür eintreten, Mittel aus der Subventionierung der Solar- und Windenergie in die Brennstoffzellenforschung umzuleiten.

Regenerative Zellbiologie ermöglichen – Reproduktives Klonen ächten

Die FDP möchte gerade in NRW einen Standort für die Stammzellenforschung etablieren, weil diese Forschung den Wissenschaft- und Wirtschaftsstandort hervorragend stärken wird.

Die FDP hat sich als erste deutsche Partei für ein konsequentes weltweites Verbot des reproduktiven Klonens ausgesprochen. Dubiose Wissenschaftler und Sektierer müssen wissen: die Weltgemeinschaft hält das reproduktive Klonen von Menschen für verantwortungslos und wird es konsequent ächten. Es kommt vor allem darauf an, schnell ein Verbot bei den Vereinten Nationen zu erreichen.

Das therapeutische Klonen, z.B. zur Herstellung von Zellgewebe, soll später und differenzierter betrachtet werden. Auch wenn damit zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Therapieerfolge zu erzielen sind, sollten wir uns diesen Weg, auf den viele Patienten Hoffnung setzen, nicht verbauen.

Die gegenwärtige Regelung des Stammzellgesetzes mit einer restriktiven Stichtagsregelung und einer Kriminalisierung von Wissenschaftlern, die im Rahmen internationaler Forschungsprojekte arbeiten, ist nicht ausreichend. Die FDP hält Nachbesserungen für notwendig. Unabhängig davon ist die FDP der Ansicht, dass auch überzählige embryonale Stammzellen, die im Rahmen der künstlichen Befruchtung entstehen und die heute im ewigen Eis eingefroren werden, unter strengen Auflagen für die Forschung verwendet werden sollten.

Informatik:

An der Schwelle von der Industrie- zur Informationsgesellschaft bietet die Informatik die Grundlagenforschung für eine der Kernkompetenzen zukünftiger Generationen. Die Informatik hat sich dabei längst zu einer wichtigen Disziplin entwickelt, die einen weiteren Fortschritt insbesondere in den Naturwissenschaften oft erst ermöglicht.

Die FDP fordert deshalb:

- eine Ausstattung aller Fakultäten an allen Hochschulen mit modernen Computeranlagen
- eine besondere Förderung der Forschung in diesem Bereich, insbesondere im Verbund mit anderen Naturwissenschaften

Geisteswissenschaften

In allen Stufen der Ausbildung ist die Bedeutung der geisteswissenschaftlichen Fächer stark zurückgegangen. Ein Mangel an kulturellem Wissen, kommunikativer Kompetenz und Orientierungsfähigkeiten geht damit einher. Dieser Mangel ist in allen gesellschaftlichen Schichten festzustellen. In den Hochschulen gehören die Geisteswissenschaften zu den am schlechtesten ausgestatteten Fächern, die sich oft nur noch mit unbezahlten Lehraufträgen und unzumutbar engen Zeitverträgen über Wasser halten. Die Bibliotheksausstattungen haben sich in den letzten 10 Jahren drastisch verschlechtert.

Die FDP fordert deshalb

Beschluss

des 56. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 06. April 2003 in Bielefeld

- bessere Ausstattung der einschlägigen Fachbereiche,
- Integration von geisteswissenschaftlichen Modulen in alle Studiengänge
- Einrichtung von Aufbaustudien in Kommunikationswissenschaften, Ethik, kulturellen Kenntnissen.

Wissenschaft erlebbar machen

- Die FDP begrüßt die Pläne des Kemnader Kreises, in Bochum ein Science Center nach Bremer Vorbild zu errichten. Sie tritt für eine vollständige private Finanzierung ein. Ein Wissenschaftspark mit interaktiven Exponaten kann nach Meinung der FDP eine hohe Besucherzahl anlocken und Wissenschaft erlebbar machen. Die Einbeziehung der Universitäten und Forschungszentren des Ruhrgebietes ist für die Qualität eines solchen Science Centers unerlässlich.

Hochschulen

Unsere Hochschulen werden vom Staat durch eine Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen gegängelt. Hinzu kommen Beschlüsse der akademischen Selbstverwaltung nach dem Kollegialprinzip, die oft nur die Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners zulassen. Die Realität sieht anders aus. Die FDP lehnt die Zwangsfusion der Universitäten Essen und Duisburg ab und setzt sich für eine freiwillige Kooperation ein. Ein von der Wissenschaftsministerin verordneter Gründungsrektor entspricht nicht der Autonomie der Hochschulen und ist deshalb abzulehnen.

Während Niedersachsen, Hessen und neuerdings Hamburg innovative Konzepte zur Veränderung der Struktur der Hochschulen vorgelegt haben, fällt der Landesregierung nichts weiter ein als die verordnete Zwangsfusion.

Die Liberalen wollen die autonome Hochschule, die über ihren Haushalt, ihr Personal und ihre Struktur selbst entscheidet. Fusionen von Hochschulen oder einzelnen Fachbereichen sollen von den Hochschulen selbst beschlossen und organisatorisch begleitet werden. Die Zwangsfusion der Hochschulen Essen und Duisburg entspricht nicht diesem Autonomieprinzip.

- Die FDP fordert ein neues Hochschulgesetz mit dem Ziel, die Hochschulen des Landes aus der bisherigen Organisationsstruktur zu lösen und ihnen die volle Autonomie für ihr Budget, ihr Personal und ihr Angebot zu geben.
- Wir schlagen vor, in einem Modellprojekt je eine Universität und eine Fachhochschule im Rheinland, im Ruhrgebiet und in Westfalen in eine Aktiengesellschaft oder eine Stiftungshochschule umzuwandeln.
- Die FDP spricht sich für ein Modellprojekt aus, in dem eine Hochschule des Landes zu einer Trimester-Universität umgebaut wird. Mit Trimestern, wie wir sie von den Bundeswehr-Hochschulen kennen, ist ein schnelleres Studium in hoher Qualität möglich.
- Wir schlagen vor, die Fernuniversität Hagen zu einer der führenden europäischen Multimedia-Universität auszubauen.

Die Einrichtung von Patent- und Verwertungsagenturen an den Hochschulen ist ein guter Anfang. Die Finanzierung ist jedoch durch den Wegfall der UMTS-Gelder nicht sichergestellt. Das Beispiel USA lehrt, dass bis zu einer selbsttragenden- und selbstfinanzierten Patentverwertungsagentur zehn Jahre vergehen. Entsprechend brauchen wir auch in Deutschland eine langfristige Finanzierung.

Wenn darüber geklagt wird, dass die Patentanmeldung von Hochschullehrern zu gering ist, muss die Attraktivität von Patenten gesteigert werden. Neben Publikationen sollten deshalb auch Patente in die Beurteilung von Hochschullehrern eingehen. Das gilt z.B. für die Beurteilung im Rahmen der Juniorprofessur, aber auch bei der traditionellen Habilitation.